

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD

**Jugendliche gut in Ausbildung und Berufsfindung beraten – dafür braucht Bremen aussagekräftigere Statistiken bei der Bundesagentur für Arbeit**

Die Jugendberufsagentur im Land Bremen hat ihre Arbeit aufgenommen und verzeichnet bereits die ersten Erfolge. Seit Februar dieses Jahres arbeiten die Partner der Jugendberufsagentur Bremen und Bremerhaven mit der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit (BA) auch an einer signifikanten Verbesserung des Datenaustauschs, damit systematisch festgestellt werden kann, wo Jugendliche, die die Schulen verlassen, tatsächlich landen. Bisher war es nicht möglich, die Daten der BA der 18- bis 25-Jährigen mit dem Status „unversorgte Bewerber/innen“ systematisch und EDV-gestützt mit den Daten des Bildungsressorts aus der Schülerdatenbank abzugleichen, selbst wenn die Jugendlichen einem Datenaustausch per Einwilligungserklärung zugestimmt hatten. Der Senat, die Regionaldirektion Niedersachsen Bremen, die Agentur für Arbeit Bremen und Bremerhaven und die Jobcenter arbeiten jetzt gemeinsam mit der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit an einer Lösung, um eine systematische Klärung des Verbleibs der Jugendlichen und jungen Erwachsenen modellhaft zu erproben. Das kann auch für andere Bundesländer ein Modell sein. Deshalb soll in diesen Verhandlungen auch erreicht werden, dass die BA zukünftig erheben wird, wie viele Jugendliche sich selbst als „Ausbildungsplatz-Interessierte“ melden, und wie viele von ihnen letztendlich als Bewerberin oder Bewerber auf dem Ausbildungsmarkt geführt werden oder z.B. als „nicht ausbildungsreif“ beurteilt werden. Zurzeit besteht die Gefahr, dass durch diese jetzt noch fehlende Differenzierung junge Menschen aus dem Unterstützungssystem herausfallen, die sich ursprünglich für eine Ausbildung interessiert haben. Bremen braucht – so wie die anderen Bundesländer auch – aussagekräftigere Daten zu diesen Umständen, damit die Jugendlichen und jungen Erwachsenen angemessener, passgenauer und effizienter beraten und unterstützt werden, und sie sich so einen guten Start in ihr Berufsleben erarbeiten können.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit zum systematischen Datenaustausch und besseren Verbleibsermittlung der Bürgerschaft zum Herbst 2017 zu berichten.
2. wenn im Rahmen der jetzigen Bemühungen kein systematischer Datenaustausch etabliert werden kann, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, die darauf

zielt, dass die Bundesagentur für Arbeit in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Erfassungsänderung insbesondere in Bezug auf Jugendliche und junge Erwachsene vereinbart, damit zukünftig noch aussagekräftigere Daten über diese Personengruppe erhoben werden, die sich nach der Schulzeit auf dem Weg in Ausbildung, Studium und Berufstätigkeit befinden.

Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sybille Bösch, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD